

# Unternehmensinvestitionen und Investitionssteuerung im Marktrecht

Zu Maßstäben und Schranken  
für die überbetriebliche Steuerung  
von Produktionsinvestitionen  
aus dem Recht  
des wettbewerbsverfaßten Marktes

von

PETER-CHRISTIAN MÜLLER-GRAFF

Dr. iur. habil.

Professor an der Universität zu Köln

Juristische Gesamtbibliothek  
der Technischen Hochschule  
Darmstadt

B 42 184



1984

J. C. B. MOHR (PAUL SIEBECK) TÜBINGEN

# Inhaltsverzeichnis

## *Einführung* *Die Steuerung privater Investitionsentscheidungen* *als Rechtsproblem*

§ 1 Investitionen als gesamtwirtschaftliche und politische Thematik . . .	1
A. Die Rolle der Investitionen in Ökonomie und Gemeinwesen . . . . .	1
B. Die Bindung öffentlicher Investitionen an das gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht . . . . .	5
C. Die Steuerung von Unternehmensinvestitionen . . . . .	8
I. Die Thematisierung überbetrieblicher Investitionsplanung . . .	12
1. Kennzeichen und rechtspolitische Implikationen der Diskussion . . . . .	12
a) Allgemeine Kennzeichen 12 – b) Rechtspolitische Implikationen 13	
2. Herkunft, aktuelle Anstöße und Entwicklung der Diskussion . . . . .	14
a) Herkunft 14 – b) Aktuelle Anstöße 15 – c) Entwicklung 16	
3. Die Sachprobleme der Diskussion . . . . .	17
II. Die Perspektiven der Thematik . . . . .	22
1. Diskussionsprognosen und nachfolgende Entwicklungen . . . . .	23
2. Die praktizierte Investitionssteuerung . . . . .	26
a) Investitionssteuerung als Mittel der Wirtschaftspolitik 26 – b) Investitionssteuerung im internationalen Vergleich und im zwischenstaatlichen Verkehr 27 – c) Das Verhältnis zwischen praktizierter und konzipierter Investitionssteuerung 30	
III. Das Verhältnis von „direkter“ und „indirekter“ Investitionslenkung . . . . .	30
1. Unterschied und Gemeinsamkeit . . . . .	31
a) Unterschied 31 – b) Gemeinsamkeit 32	
2. Konsequenzen für die rechtliche Problematik? . . . . .	33

§ 2 <i>Investitionsautonomie und Investitionssteuerung als Rechtsprobleme</i> . . . . .	35
A. Der Stand der rechtswissenschaftlichen Untersuchung und seine Gründe . . . . .	36
I. Investitionssteuerung als Teilaspekt verschiedener rechtlicher Problemfelder . . . . .	37
II. Investitionssteuerung als offenes Diskussionsthema . . . . .	40
III. Die Auswirkungen der Wirtschaftsverfassungsdebatte . . . . .	42
B. Die Wahl zwischen Investitionsautonomie und Investitionssteuerung als Rechtsproblem . . . . .	45
C. Der Gegenstand der Untersuchung . . . . .	52
I. Fragestellung, Aufbau, Ausgrenzungen . . . . .	52
1. Investitionssteuerung im Marktrecht . . . . .	52
2. Ausgegrenzte Problemkreise . . . . .	54
3. Rechtssystematischer Ort . . . . .	56
II. Der Begriff der Investitionssteuerung . . . . .	56
1. Notwendigkeit spezifischer Begriffsprägung . . . . .	57
a) Rechtliche Terminologie 57 – aa) Gesetzessprache 57 – bb) Rechtswissenschaftliche Begriffsbildungen 57 – b) Wirtschaftstheoretische Nomenklatur 58 – aa) Investitionsplanung, Investitionsrechnung und Investitionskontrolle in der Betriebswirtschaftslehre 58 – bb) Investitionspolitik in der Theorie der Wirtschaftspolitik 60 – c) Begriffskriterien und deren Problematik in der Investitionslenkungsdiskussion 61 – aa) Staatliche Urhebererschaft 62 – bb) Direktheit 62 – cc) Kollektivität 63 – d) Die Problematik wirtschaftsrechtlicher Begriffsbildungen 63	
2. Die Abgrenzungselemente . . . . .	64
a) Objekt der Steuerung 64 – aa) Produktionsinvestition 64 – bb) Privatunternehmen als Investoren 65 – b) Die Steuerung 65 – aa) Zielgerichtete Intention (Finalität) 65 – bb) Überbetrieblichkeit 68	
3. Der Typus des Investitionssteuerungsverfahrens . . . . .	69
III. Funktionsgrenzen des Rechts in Fragen der Investitionssteuerung . . . . .	69

### Teil 1

## *Rechtstatsächliche und wirtschaftsrechtspolitische Grundlagen von Investitionsautonomie und Investitionssteuerung*

### 1. Abschnitt

<i>Die Investitionsordnung im positiven Recht: Entstehung und rechtstatsächliche Ausprägung</i> . . . . .	73
---	----

§ 3 <i>Investitionsautonomie : Kontext und Funktionen</i> . . . . .	74
A. Investitionstätigkeit als integraler und zentraler Teil wirtschaftlicher Handlungsfreiheit von Unternehmen . . . . .	74
B. Investitionstätigkeit als spezifische Ausprägung wirtschaftlicher Handlungsfreiheit . . . . .	76
C. Investitionsautonomie in der Rechtsordnung der Gegenwart . . . . .	78
I. Wirtschaftliche Freiheit: Von der Privatrechtsgesellschaft zur Rechtsordnung der Gegenwart . . . . .	78
1. Privatrechtsgesellschaft und Wirtschaftsfreiheit . . . . .	79
2. Wirtschaftsfreiheit und Rechtsordnung der Gegenwart . . . . .	79
II. Funktionen eines Ordnungsentwurfs mit privatautonomem Investitionsentscheidungen . . . . .	81
1. Legitimationsfunktion . . . . .	82
a) Verwirklichbarkeit privater Selbstbestimmung 82 – b) Sicherung zurechenbarer Verantwortung 83 – c) Entscheidungs- und Machtdezentralisation 83	
2. Effektivitätsfunktion . . . . .	84
a) Nachfrageentsprechende Güterproduktion bei optimaler Ressourcenallokation 84 – b) Permanente Anpassungsflexibilität 84 – c) Entdeckungsverfahren 85 – d) Risikominderung durch Risikostreuung 85	
3. Die quantitative Dimension privater Investitionstätigkeit . . . . .	85
§ 4 <i>Das Steuerungselement in der Investitionsordnung</i> . . . . .	86
A. Steuerung von Investitionen als Doppelaspekt in der Diskussion: Intention und Wirkung . . . . .	87
B. Investitionssteuerung als rechtlicher Normzweck: Historische Entwicklung . . . . .	90
I. Die Gewerbeordnung von 1869 als Ausgangspunkt . . . . .	90
II. Die Zunahme des Bestands von Rechtsnormen mit investitionssteuernder Intention seit Gründung der Bundesrepublik . . . . .	92
III. Normzuwachs ohne kohärentes Konzept . . . . .	94
C. Systematik der Elemente rechtlich positiver Investitionssteuerungsverfahren . . . . .	94
I. Steuerungsträger . . . . .	96
1. Investitionssteuerung kraft privatautonomer Handlungsmacht . . . . .	96
2. Investitionssteuerung kraft Handlungsmacht des Gemeinwesens . . . . .	96
3. Intermediäre Steuerungsträger . . . . .	97

II. Steuerungsziele . . . . .	98
1. Zielspezifikation bei Einzelzielen und Zielkomplexität . . . . .	98
2. Zielsetzungen als Ausdruck identifizierter Risikobereiche . . . . .	98
a) Gefährdung klassischer Polizeigüter 99 – b) Mikroökonomische Risiken 100 – c) Makroökonomische Risiken 101 – d) Sonstige sozio-ökonomisch erheblich bewertete Risiken 102	
III. Steuerungsradius . . . . .	103
IV. Steuerungsansatz: Einzelmerkmale der Investitionsentscheidung und Gesamtvorhaben . . . . .	103
1. Produktgegenständliche Festlegung . . . . .	104
a) Gesetzliche Produktzulassungspflicht 104 – b) Bevorratungspflicht 106 – c) Überbetriebliche technische Normung 106 – d) Abgrenzung der Produktpaletten 107 – e) Vergabe öffentlicher Aufträge 107 – f) Innovationslenkung 108 – g) Investitionsaufsicht 109 – h) Zusammenfassung 110	
2. Quantitative Bestimmung . . . . .	110
3. Zeitpunkt . . . . .	111
4. Standort . . . . .	112
5. Herstellungsmodalitäten . . . . .	113
6. Marktstellung des Investors . . . . .	113
7. Gesamtvorhaben als Steuerungsansatz . . . . .	114
a) Energiewirtschaft 114 – b) Kernindustrie 118 – c) Gesamtvorhaben als inzidenter Überprüfungsgegenstand 120	
V. Steuerungsgrad . . . . .	120
1. Verpflichtende Investitionssteuerung . . . . .	121
2. Korrigierende Investitionssteuerung . . . . .	123
3. Präformierende Investitionssteuerung . . . . .	126
4. Rentabilitätsbezogene Investitionssteuerung . . . . .	128
a) Kostensteuerung zwischen Unternehmen 128 – b) Rentabilitätsbezogene Maßnahmen der öffentlichen Hand 129 – aa) Rentabilitätsbegünstigung 130 – bb) Rentabilitätsdämpfung 131 – cc) Kombination in zeitlicher Phasenverteilung 132 – dd) Kombination als Synchronverfahren 133	
5. Beobachtende Investitionssteuerung . . . . .	133
6. Empfehlende und indikative Investitionssteuerung . . . . .	135
D. Funktionen der im Normenbestand gegenwärtigen Investitionssteuerung (Zusammenfassung) . . . . .	135
I. Intendierte Funktionen . . . . .	135
II. Tatsächliche Funktionen . . . . .	136
 2. Abschnitt:	
<i>Konzepte und Diskussionsstand zum Ausbau der Investitionssteuerung</i> . . . . .	137
§ 5 <i>Entwürfe und Spezifika verstärkter Investitionssteuerung</i> . . . . .	138
A. <i>Konzepte statt Modellbildung</i> . . . . .	138

B. Selbstbindung durch Investitionsabstimmung . . . . .	139
I. Theoretische Begründung . . . . .	140
II. Die investitionspolitischen Rollen von Unternehmen und Staat . . . . .	142
III. Besonderheiten in der Ausprägung der Einzelelemente des Steuerungsverfahrens . . . . .	144
1. Steuerungsträger . . . . .	144
2. Steuerungsziel . . . . .	144
3. Steuerungsradius . . . . .	144
4. Steuerungsansatz . . . . .	145
5. Einwirkungsgestaltung . . . . .	145
a) Das einfache Investitionsmeldeverfahren 145 – b) Das Konsultationsverfahren mit wechselseitigen Empfehlungen 145 – c) Vereinbarungen zur Einhaltung von Kapazitätsregelungen 146	
IV. Gewerkschaftliche Vorstellungen . . . . .	147
C. Investitionssteuerung durch Branchenausschüsse . . . . .	147
I. Ambivalenz in der Steuerungslegitimation . . . . .	147
II. Das Konzept der Branchenausschüsse . . . . .	148
1. Spezifika der Zusammensetzung . . . . .	148
2. Zielsetzung . . . . .	148
3. Wirkungsweise . . . . .	150
D. Konzepte der Investitionssteuerung durch die öffentliche Hand . . . . .	151
I. Sektorale Ebene . . . . .	152
1. Energiewirtschaft . . . . .	152
2. Agrarwirtschaft . . . . .	153
3. Sektoren mit Überkapazitäten . . . . .	153
4. Sektorale Investitionssteuerung auf der Grundlage einer gesamtwirtschaftlichen Entwicklungsplanung . . . . .	153
II. Gesamtwirtschaftliche Ebene . . . . .	154
1. Theoretische Affirmation der Praxis . . . . .	154
2. Ausbau des Orientierungsmaßstabs staatlicher Investitionspolitik durch Koordination, Prognostik und Entwicklungsplanung . . . . .	157
a) Koordination und Planung investitionspolitischer Teilmaßnahmen 157 – b) Infrastrukturpolitische Koordination öffentlicher Investitionen 158 – c) Gesamtwirtschaftliche Investitions- und Entwicklungsplanung 159 – aa) Gewerkschaftliche Vorstellungen: „Volkswirtschaftlicher Rahmenplan“ 160 – bb) Selektive Angebotssteuerung auf der Basis eines „vervollständigten Jahreswirtschaftsberichts“ 161 – cc) Vom langfristigen Infrastrukturkonzept zum „Bundesentwicklungsplan“ 163 – dd) Gesamtwirtschaftliche Entwicklungsplanung 164 – ee) Das Konzept der gesamtwirtschaftlichen Bedarfsplanung nach Ranggruppen 165 – ff) Das Konzept der Kernplanung 166 – gg) „Demokratische Investitionslenkung“ 170	

3. Neuverteilung der investitionspolitischen Rollen von Unternehmen, Gemeinwesen und Verbrauchern . . . . .	171
a) Transparenz der Investitionsprojekte für das Gemeinwesen: Meldepflichten 171 – aa) Anknüpfung am quantitativen Projektumfang 172 – bb) Anknüpfung an Unternehmenseigenschaften 173 – cc) Kombinierte bzw. auslegungsoffene Anknüpfungskriterien 173 – b) Die Ausrichtung der Unternehmensinvestitionen 174 – aa) Koordination investitionsrelevanter Teilpolitiken 175 – bb) Genehmigungspflicht für private Investitionsvorhaben 175 – cc) Investitionspolitischer Instrumentenfächer unter Einbeziehung von Investitionsgeboten 178 – dd) Vergesellschaftung 179	
E. Spezifische Kennzeichen der Konzepte im Verhältnis zum Normenbestand (Zusammenfassung) . . . . .	179
I. Steuerungselemente . . . . .	180
1. Ansatzgeneralisierung . . . . .	180
2. Zielkomplexierung . . . . .	180
3. Einwirkungsintensivierung . . . . .	181
4. RADIUSERWEITERUNG . . . . .	181
5. Verflechtung und Zentralisierung von Zuständigkeit und Verantwortung . . . . .	182
II. Theoretische Ansätze: Ausgleichsfunktion gegenüber „Marktversagen“ . . . . .	182
1. Konzeptioneller Wandel . . . . .	182
2. Ausgleichsfunktion gegenüber „Marktversagen“ . . . . .	183
3. Anspruch und Problematik gesamtwirtschaftlicher Planung . . . . .	185
4. Einstufung der Konzepte durch die wirtschaftspolitische Kritik . . . . .	186
<i>§ 6 Investitionssteuerung im Dienst der Konjunkturverstätigung . . . . .</i>	<i>186</i>
A. Konjunkturverstätigung als Ziel verstärkter Investitionssteuerung . . . . .	189
I. Das Ziel der Konjunkturverstätigung . . . . .	189
1. Das Konjunkturphänomen . . . . .	189
2. Konjunkturverstätigung als Gestaltungsziel . . . . .	190
II. Konjunkturverstätigung als Ziel verstärkter Investitionssteuerung . . . . .	192
B. Funktionsbedingungen zieltauglicher Investitionssteuerung . . . . .	195
I. Der Rahmen zieltauglicher Investitionssteuerung . . . . .	196
1. Die Rolle privatwirtschaftlicher Produktionsinvestitionen in der Konjunktur . . . . .	197
a) Investitionen in der Konjunkturtheorie 197 – aa) Konjunkturtheoretische Konsensbasis 198 – bb) Investitionsautonomie und Stabilitätspolitik 199 – b) Betriebswirtschaftliche Investitions-	

zwecke und konjunkturelle Meßgrößen 200 – aa) Industrielle Produktion 201 – bb) Beschäftigungslage 203 – c) Zusammenfassung 204	
2. Wirkungsgrenzen konjunkturverstetigender Investitionssteuerung . . . . .	204
II. Konjunkturverstetigung durch differenzierte Globalsteuerung? . . . . .	206
1. Das Problem regionalisierter Konjunkturpolitik . . . . .	206
2. Das Problem sektoralisierter Konjunkturpolitik . . . . .	208
3. Differenzierung als Aufgabe der Globalsteuerung? . . . . .	209
C. Folgeprobleme differenzierender Globalsteuerung . . . . .	211
I. Wirkung auf die Globalsteuerung . . . . .	211
II. Wirkung auf die konjunkturpolitischen Ausnahmereiche . . . . .	211
III. Weitere Probleme . . . . .	212
§ 7 <i>Investitionssteuerung im Dienst von Strukturentwicklung und Machtkontrolle</i> . . . . .	212
A. Der Zielkomplex der Strukturentwicklung . . . . .	213
I. Wirtschaftsstruktur und Strukturpolitik . . . . .	213
II. Strukturgestaltung durch verstärkte Investitionssteuerung . . . . .	215
B. Die Begründungsproblematik . . . . .	216
I. Die These der fehlgeleiteten Gesamtallokation . . . . .	216
1. Die Kritik am Bewertungs- und Analysekriterium der „gesamtwirtschaftlichen Bedürfnisse“ . . . . .	217
2. Die Kritik an den Einzelbegründungen . . . . .	218
II. Die These der Überkapazitäten und Engpässe . . . . .	218
1. Kapazitätsstörungen als Marktergebnisse . . . . .	219
a) Die These der ex-post-Indikatorfunktion des Preises 219 – b) Die These der Unteilbarkeit von Investitionsgütern 220 – c) Die These der unterlegenen einzelbetrieblichen Prognostik 220 – d) Die These der Ausschaltung der Preisfunktion durch Marktmacht 222 – e) Die These vom Zusammenhang zwischen Überkapazitäten und oligopolistischer Angebotsstruktur 222	
2. Kapazitätsstörungen im Bereich öffentlicher Leistungserstellung . . . . .	223
III. Die These der externen Kosten privatautonomer Investitionen . . . . .	224
IV. Die These der Innovationshemmung durch Investitionsautonomie . . . . .	224
V. Die These des Rationalitätsdefizits . . . . .	225
C. Funktionsbedingungen und Folgeprobleme . . . . .	226
I. Der Rahmen zieltauglicher Investitionssteuerung . . . . .	227

II. Funktionsbedingungen und Folgeprobleme strukturentwickelnder Investitionssteuerung . . . . .	227
1. Die prinzipielle Eigenproblematik des einzelnen Investitionssteuerungsverfahrens . . . . .	227
2. Die allgemeinen Aspekte der Kollisionsproblematik . . . . .	228
a) Die Problematik der Funktionsbedingungen 228 – aa) Das Analyse- und Prognoseproblem 228 – bb) Das Kriterienproblem 230 – cc) Das Durchsetzungsproblem 231 – b) Folgeprobleme strukturgestaltender Investitionssteuerung 232 – aa) Die Probleme der Fehlallokation und Fehlerkumulation und der Regelungsfolgewang 233 – bb) Weitere volkswirtschaftliche Verluste 234 – cc) Die Schwächung des Potentials privatautonomer Machtbalancierung im Gemeinwesen 235	
D. Die Problematik der Machtkontrolle und Machtordnung durch Investitionssteuerung . . . . .	237
I. Strukturentwicklung und Machtfrage . . . . .	237
II. Die Ziel- und Begründungsproblematik . . . . .	237
1. Die These der Investorensouveränität . . . . .	238
a) Konsumentenabhängigkeit 238 – b) Folgezwang für öffentliche Investitionen 239 – c) Investorenmacht durch Konzentration 240	
2. Die These des Demokratiedefizits . . . . .	241
III. Funktions- und Folgeprobleme . . . . .	241
1. Funktionsprobleme . . . . .	241
2. Folgeprobleme . . . . .	242
a) Folgen der institutionellen Ausprägung 242 – b) Kontraproduktive Machtaggregation 242	
E. Überleitung . . . . .	242

## Teil 2

### Grundnormen des Marktrechts

3. Abschnitt: <i>Der wirtschaftspolitische Gestaltungsspielraum des Gemeinwesens: Grundlage und das Problem spezifischer Rechtsschranken der Wirtschaftspolitik</i> . . . . .	246
§ 8 <i>Rechtsgrundlage des (wirtschaftspolitischen) Gestaltungsspielraums</i> . . . . .	247
A. Das Investitionshilfeturteil als leading case . . . . .	247
B. Wirtschaftspolitischer Gestaltungsspielraum als integraler Teil des Sozialgestaltungsspielraums . . . . .	249

§ 9 <i>Spezifische Rechtsschranken der Wirtschaftspolitik</i> . . . . .	250
A. Die These der wirtschaftsverfassungsrechtlichen Schranken und deren Kritik . . . . .	250
I. Die inhaltlichen Grundformen der These . . . . .	251
1. Theorienneutralität . . . . .	252
2. Modellbindung . . . . .	253
3. Mischgarantie . . . . .	256
4. Institutionelle Normkonsequenzen . . . . .	258
II. Die Aporie der Frage nach dem besonderen wirtschaftsverfassungsrechtlichen Maßstab im Grundgesetz . . . . .	260
1. Normative Segmentierung eines Subsystems Wirtschaft, Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik . . . . .	261
a) Deskriptive Abschichtbarkeit? 262 – b) Normative Ausgrenzbarkeit? 262 – aa) „Recht der Wirtschaft“ in Art. 74 Nr. 11 GG 262 – bb) Subkonstitutionelle Festlegungen 264	
2. Grundgesetzfixiertheit . . . . .	265
B. Gemeinschaftsrechtlicher Rahmen der Wirtschaftspolitik . . . . .	266
I. „Wirtschaftspolitik“ als expliziter Regelungsgegenstand des Gemeinschaftsrechts . . . . .	266
1. Die Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten . . . . .	267
2. Konjunktur-, Zahlungsbilanz- und Handelspolitik der Gemeinschaft . . . . .	268
3. Kooperationszwang als Folge . . . . .	268
II. Bindung einzelstaatlicher „Wirtschaftspolitik“ als integraler Teil des gemeinschaftsrechtlichen Regelungsanspruchs . . . . .	269
1. Spezielle Bindung der „Wirtschaftspolitik“ . . . . .	269
2. Bindung einzelstaatlicher Sozialgestaltung . . . . .	270
III. Gemeinschaftsrecht als Wirtschaftsverfassung? . . . . .	270
 4. Abschnitt: <i>Der rechtliche Primat der Selbststeuerung in den Grundnormen des Marktrechts</i> . . . . .	 272
§ 10 <i>Der normative Primat der marktgemäßen Selbststeuerung</i> . . . . .	274
A. Die Maßstabsfunktion rechtlicher Normen . . . . .	275
I. Maßstabsverzicht als Tendenz der Normgestaltung? . . . . .	276
II. Unmöglichkeit der Maßstabsfunktion wegen Normheterogenität? . . . . .	277
III. Verbindlichkeitsanspruch bei Wandel des Sozialmodells . . . . .	278
B. Die normative Leitidee der marktgemäßen Selbststeuerung . . . . .	280
I. Der Primat des Marktprinzips im EWGV . . . . .	280

1. Die Leitidee des Marktes . . . . .	280
2. Marktgemäße Selbststeuerung und Integration . . . . .	283
II. Marktgemäße Selbststeuerung und Marktrecht . . . . .	286
1. Selbststeuerung und Fremdsteuerung . . . . .	287
2. Marktgemäße Selbststeuerung als Gegenstands des Rechts . . . . .	289
3. Der rechtliche Primat . . . . .	290
III. Der Systemgedanke des rechtlichen Primats der marktgemäßen Selbststeuerung in seinen Konstitutivnormen . . . . .	292
1. Gemeinschaftsrecht . . . . .	292
a) Marktintegrationsrecht 293 – aa) Das Verbot von Zöllen und Abgaben gleicher Wirkung 293 – bb) Das Verbot der mengenmäßigen Beschränkungen und der Maßnahmen gleicher Wirkung 295 – cc) Weitere Konstitutivnormen 296 – b) Wettbewerbsrecht 297 – aa) Die wettbewerbsrechtliche Bindung des Unternehmensverhaltens 297 – bb) Die wettbewerbsrechtliche Bindung staatlicher Maßnahmen 298 – (1) Staatliches Handeln als Gegenstand des Wettbewerbsrechts 298 – (2) Wettbewerbsrechtliche Bindung durch Gemeinschaftsrecht 298 – (a) Wettbewerbsrechtliche Bindung von Beihilfen 299 – (b) Wettbewerbsrechtliche Bindung der Instrumentalisierung von Unternehmen 300 – (aa) Die staatliche Privilegierung von Unternehmen 300 – (bb) Der Bindungsinhalt 304 – (3) Die sachfunktional vermittelte wettbewerbsrechtliche Bindung staatlichen Handelns 306	
2. Der Primat der marktgemäßen Selbststeuerung im subkonstitutionellen Recht . . . . .	307
a) Marktwirtschaft als Basisentscheidung 307 – aa) Markt in StabWG und WiSiG 307 – bb) Markt im GWB 310 – b) Wettbewerb im GWB 310 – aa) Grundsatz 310 – bb) GWB und öffentliche Hand 310 – c) Überleitung 311	
3. Der Primat der marktgemäßen Selbststeuerung im Grundgesetz . . . . .	312
§ 11 <i>Der positiv-rechtliche Zusammenhang der Konstitutivnormen</i> . . . . .	315
A. Systemgedanke und Systemgerechtigkeit? . . . . .	315
B. Sinnzuordnende Abgrenzung und Normhierarchie . . . . .	316
C. Primat der marktgemäßen Selbststeuerung als gemeinschafts- und verfassungsrechtliches Prinzip . . . . .	316
I. Das Problem . . . . .	316
II. Art. 24 I GG und die gemeinschaftsvertragliche Verpflichtung auf das Leitprinzip des wettbewerbsverfaßten Marktes . . . . .	320
1. Rechtsintegrative Funktion des Art. 24 GG . . . . .	320
2. Innerstaatliche Rangfolge für die EWG-vertragliche Verpflichtung auf den wettbewerbsverfaßten Markt? . . . . .	326

§ 12 Rechtswirkungen des normativen Primats . . . . .	328
A. Spannungsverhältnis und rechtlicher Lösungsansatz . . . . .	328
I. Denkbare Lösungsansätze . . . . .	328
1. Ungebundenheit im Sinne der Wahlfreiheit . . . . .	328
2. Verrechtlichung der Steuerung . . . . .	329
II. Rechtliche Kriterienbildung als Lösungsansatz . . . . .	329
B. Das Verhältnis von marktgemäßer Selbststeuerung zu Staatsaufgaben und Demokratieprinzip . . . . .	330
I. Marktgemäße Selbststeuerung und Staatsaufgaben . . . . .	331
1. Sozialstaatsprinzip und marktgemäße Selbststeuerung . . . . .	331
2. Gemeinwirtschaft und Marktrecht . . . . .	332
a) Derogation der Vergesellschaftungsermächtigung? 333 – b) Überlagerung des Art. 15 GG durch Gemeinschaftsrecht? 334 – c) Primat der marktgemäßen Selbststeuerung und Vergesellschaftungsermächtigung 337	
II. Demokratieprinzip und Marktrecht . . . . .	338
C. Rechtswirkungen gegenüber überbetrieblichen Steuerungsverfahren . . . . .	339
I. Genereller und konditionierter Geltungsanspruch der inhaltstypischen Wertungskriterien . . . . .	339
II. Ausprägung des Primatprinzips in den Einschränkungsvoraussetzungen der Konstitutivnormen . . . . .	341
1. Legitimation durch ein rangäquivalent anerkanntes Rechtsgut . . . . .	341
a) Legitimierende Rechtsgüter privatautonomer Einschränkung 341 – b) Legitimierende Rechtsgüter für Einschränkungen durch die öffentliche Hand 342 – aa) Marktintegrationsrechtliche Schutzgutklausel 342 – bb) Legitimationsgründe für Wettbewerbsverfälschungen 344 – cc) Grundrechtsschranken 348 – dd) Subkonstitutionelles Recht 349 – c) Das Identifikationserfordernis 349	
2. Wirkungsgewinn . . . . .	350
a) Wirkungsgewinn bei Markteingriffen der öffentlichen Hand 350 – aa) Das Prognoseproblem im Grundgesetz 350 – bb) Das Prognoseproblem im Gemeinschaftsrecht 352 – b) Vorhersehbarkeit eines Wirkungsgewinns in der Freistellung privater Wettbewerbsbeschränkungen 353	
3. Die systemstimmigste Verfahrensalternative . . . . .	353
a) Privatautonome Maßnahmen 354 – b) Staatliche Maßnahmen 354	
4. Gemeinwohlgewinn . . . . .	355
a) Gemeinwohlgewinn privatautonomer Wettbewerbsbeschränkungen 355 – b) Gemeinwohlgewinn staatlicher Maßnahmen 356 – aa) Das Erfordernis des Gemeinwohlgewinns 356 – bb) Einzelstaatliches Gemeinwohl und europäisches Gemeinschaftswohl 356	

5. Temporale Begrenzung . . . . .	358
a) Zeitliche Befristung von Freistellungen 358 – b) Zeitgrenzen staatlicher Markteingriffe 359 – aa) Gemeinschaftsrechtliche Ausnahmetatbestände 359 – bb) Grundrechtseinschränkungen 360	

### Teil 3:

#### *Die Marktrechtsrelevanz von Investitionssteuerungsverfahren*

##### 5. Abschnitt:

<i>Investitionssteuerung kraft privatautonomer Selbstbindung . . .</i>	363
--	-----

§ 13 <i>Marktintegrationsrechtliche Relevanz von Selbstbindungsverfahren der Investitionssteuerung . . . . .</i>	363
--	-----

A. Adressatenkreis der Normbindung: Grundsatz . . . . .	364
---	-----

B. Die „öffentliche Bedeutung“ der Selbstbindung als Anknüpfung? . .	364
--	-----

C. Selbstbindung unter Beteiligung eines Hoheitsträgers . . . . .	367
---	-----

I. Mögliche Einwände gegen eine prinzipielle Normerstreckung	367
--	-----

1. Kategoriale Dichotomie in Privatrecht und Öffentliches Recht? . . . . .	367
--	-----

2. Unterscheidung nach eigenem oder übertragenem Aufgabenkreis? . . . . .	369
---	-----

3. Differenzierung nach dem rechtlichen Beteiligungsgrad? .	370
---	-----

4. Differenzierung nach dem faktischen Beteiligungsgrad? . .	370
--	-----

II. Normrelevanz bei Teilnahme eines Hoheitsträgers . . . . .	370
---	-----

III. Ergebnis . . . . .	372
-------------------------	-----

D. Inhaltlicher Verbotsradius . . . . .	372
---	-----

§ 14 <i>Wettbewerbsrechtliche Relevanz von Selbstbindungsverfahren der Investitionssteuerung . . . . .</i>	373
--	-----

A. Die Wettbewerbsrelevanz von Investitionen . . . . .	373
--	-----

I. Investitionswettbewerb . . . . .	373
-------------------------------------	-----

II. Investitionen als wettbewerbles und wettbewerbsrelevantes Verhalten . . . . .	374
---	-----

B. Die wettbewerbsrechtliche Relevanz der Investorenkooperation . .	376
---	-----

I. Wettbewerbsrechtliche Relevanz im Gemeinschaftsrecht . .	377
---	-----

1. Investitionssteuerung als Wettbewerbsbeschränkung . . .	377
--	-----

a) Die positivierten Beispielstatbestände der Investitionseinschränkung und Investitionskontrolle 378 – b) Das tatbestandlich erfaßte Spektrum der Investitionssteuerung 379 – aa) Der norma-	
---	--

tive Investitionsbegriff 379 – bb) Investitionseinschränkung und Investitionskontrolle 383 – cc) Differenzierung nach typischen Elementausprägungen des Steuerungsverfahrens? 386 – dd) Perse-verbote Investitionssteuerung? 387	
2. Kartellfreie Investitionskooperation? . . . . .	388
3. Investoren als Adressaten des Kartellverbots . . . . .	389
4. Selektion der verbotserfaßten Investitionssteuerung durch Handlungsformen? . . . . .	390
5. Zwischenstaatlichkeit . . . . .	390
6. Spürbarkeit . . . . .	391
7. Freistellungsproblematik als Konsequenz des Primatgedankens . . . . .	391
8. Investorenkooperation als wettbewerbsrechtlich relevanter Mißbrauch . . . . .	391
a) Investorenkooperation als Gegenstand von Kartellverbot und Mißbrauchsverbot 391 – b) Selbstbindungsverfahren der Investitionssteuerung als Mißbrauch einer marktbeherrschenden Stellung 392 – aa) Oligopolistische Marktbeherrschung 392 – bb) Mißbrauchsverhalten 393	
II. Investorenkooperation im GWB . . . . .	393
1. Investorenkooperation und allgemeines Kartellverbot . . . . .	394
a) Handlungsformunabhängige Kartellrechtsrelevanz 394 – b) Wettbewerbsbeschränkung durch Investorenkooperation 394 – aa) Beeinflussung von Erzeugung oder Marktverhältnissen über das Investitionsverhalten als Beeinflussungsobjekt 395 – bb) Investitionssteuerung als wettbewerbsbeschränkende Beeinflussungsweise 398 – c) Zulässigkeit wettbewerbsbeschränkender Investorenkooperation? 401	
2. Investorenkooperation in anderen Normen des GWB . . . . .	402
C. Kartellrechtsrelevanz von Selbstbindungsverfahren unter Gewerkschaftsbeteiligung . . . . .	402
I. Investitionskoordination durch Branchenausschüsse als Wettbewerbsbeschränkung . . . . .	402
1. Die These der kartellrechtlichen Unbedenklichkeit . . . . .	402
2. Kritik der These der kartellrechtlichen Unbedenklichkeit . . . . .	403
a) Die gemeinschaftsrechtliche Kartellrechtsrelevanz von Branchenausschüssen 404 – aa) Tatbestandsmäßigkeit nach Art. 85 I EWGV 404 – bb) Wettbewerbsbeschränkung und Freistellung 405 – b) Kartellrechtsrelevanz der Branchenausschüsse im GWB 406	
II. Tarifvertragliche Investitionsregelungen als Wettbewerbsbeschränkung . . . . .	407
D. Kartellrechtsrelevanz von Selbstbindungsverfahren unter Beteiligung der öffentlichen Hand . . . . .	407

## 6. Abschnitt:

<i>Investitionssteuerung kraft Handlungsmacht des Gemeinwesens</i>	410
<i>§ 15 Marktintegrationsrechtliche Relevanz</i>	411
A. Warenverkehrsrechtliche Erheblichkeit nach Artt. 30 ff. EWGV	411
I. Urhebervoraussetzung	411
II. Inhaltlicher Verbotsradius	412
1. Begriff der gleichwirkenden Maßnahmen	413
a) Verbotsdifferenzierung nach dem Kriterium der einzelstaatlichen Herkunftsdiskriminierung? 413 – b) Das Kriterium der Vereinbarkeit mit den Erfordernissen des Gemeinsamen Marktes	415
2. Investitionssteuerung als gleichwirkende Maßnahme	417
3. Das Beispiel verpflichtender Investitionssteuerung	417
a) Die Dämpfung inländischer Nachfrage nach Importwaren 418 – b) Der besondere Inlandsvorteil zum Nachteil von Produktion und Handel in anderen Mitgliedstaaten 419 – c) Gemeinschaftsrechtspolitische Perspektiven? 419	
4. Differenzierung nach typisierter Elementausprägung des Investitionssteuerungsverfahrens?	420
5. Besonderheiten bei Selbstbindungsverfahren?	421
B. Erheblichkeit nach anderen marktintegrationsrechtlichen Normen	422
I. Staatliche Handelsmonopole durch Investitionssteuerung	422
II. Rentabilitätswirksame Investitionssteuerung und Zollverbot	422
<i>§ 16 Die wettbewerbsrechtliche Relevanz staatlicher Investitionssteuerung</i>	423
A. Die Wettbewerbsrelevanz staatlicher Investitionssteuerung	423
B. Investitionssteuerung durch Wettbewerbsrecht?	424
I. Begründungsansätze	425
II. Diskussionskritik und Differenzierungen	425
1. Instrumentalisierungskritik im Schrifttum	425
2. Differenzierungsnotwendigkeit	426
a) Die Anwendung der Grundsatznormen 427 – b) Instrumentalisierung und Harmonisierung von Wertkollisionen in Ausnahmenormen? 428 – aa) Grundsatz 428 – bb) Der unterschiedliche Öffnungsgrad von Ausnahmenormen für antinomische Wertungsaspekte 428	
III. Begrenzte Möglichkeit von Investitionssteuerung durch Wettbewerbsrecht und Probleme rechtspolitischer Änderungen	429
C. Staatliche Investitionssteuerung im Wettbewerbsrecht	431
I. Das Wirkungskriterium: Planverwirklichung zu Lasten Dritter	431

II. Gemeinschaftsrechtliche Wettbewerbsrechtsrelevanz . . . .	432
1. Wettbewerbsverfälschende Investitionsbeihilfen . . . . .	434
a) Das Spektrum der erfaßten Investitionsbeihilfen 434 – b) Die Stellung der Wettbewerbsverfälschung in der Normsystematik 435 – c) Sonderfragen der Investitionshilfe über oder an öffentlichen Unternehmen 437	
2. Das Verbot wettbewerbsverzerrender Instrumentierung von Einzelunternehmen für staatliche Investitionssteuerung . . . . .	438
a) Öffentliche Investitionspolitik durch eigene Unternehmen 438 – b) Die Instrumentierung von Unternehmen durch staatliche Investitionssteuerung 440 – c) Einzelne, von Art. 90 I EWGV erfaßte Investitionssteuerungsverfahren 442	
3. Weitere normative Vorkehrungen gegen staatlicher Investitionspolitik zurechenbare Wettbewerbsverzerrungen . .	444
a) Staatliche Investitionspolitik als Verstoß gegen Artt. 85, 86 EWGV 444 – b) Wettbewerbsverfälschung durch Investitionssteuern 445 – c) Investitionspolitisch verursachte Wettbewerbsverzerrung durch Rechts- und Verwaltungsvorschriften oder durch Verhalten im Ministerrat 445	
4. Wettbewerbsrechtliche Problematik als Konsequenz der Entwürfe verstärkter Investitions- und Struktursteuerung .	446
III. Normerheblichkeit staatlicher Investitionspolitik im GWB . .	447
 § 17 Die Grundrechtsrelevanz staatlicher Investitionssteuerung . . . .	449
A. Die Schutzfunktion der Grundrechte . . . . .	449
I. Grundrechtstheoretische Ausgangsposition . . . . .	450
II. Korrektur durch das Gemeinschaftsrecht . . . . .	452
B. Unternehmen als Grundrechtsträger . . . . .	452
I. Die Kriterien der Organisationsform, Außenfunktion und Binnenstruktur . . . . .	452
1. Organisationsform . . . . .	452
2. Öffentliche Bedeutung und Binnenstruktur . . . . .	452
II. Grundrechtsschutz als Kompensation fehlender Mitentscheidung . . . . .	453
1. Die Nichtstaatlichkeit von Großunternehmen als Folge ihrer privatrechtlichen Basis . . . . .	453
2. Differenzierungen im Grundrechtsschutz nach Unternehmensgröße? . . . . .	454
C. Grundrechtsindolenz gegenüber staatlicher Investitionssteuerung aus Art. 15 GG? . . . . .	455
I. Investitionssteuerung als Überführung vergesellschaftungsfähiger Objekte in andere Formen der Gemeinwirtschaft? . . .	455

1. Investitionssteuerung und Gemeinwirtschaft . . . . .	455
2. Investitionssteuerung als Vergesellschaftungsverfahren im Sinne des Art. 15 GG? . . . . .	456
II. Exkurs: Das Ausmaß der grundrechtsüberlagernden Wirkung des Art. 15 GG . . . . .	461
D. Unternehmerische Investitionspolitik in grundrechtlichen Schutzbereichen . . . . .	462
I. Investitionsfreiheit als selbständig identifizierbares Grundrecht im Grundrechtssystem? . . . . .	462
II. Investitionspolitik im Schutzbereich der Berufsfreiheit . . . . .	463
III. Investitionspolitik im Schutzbereich der Eigentumsgarantie . . . . .	467
IV. Investitionspolitik im Schutzbereich weiterer Grundrechte . . . . .	471
1. Gleichheitssatz . . . . .	471
a) Meldepflichtkriterien 473 – b) Selektivsteuerung 474	
2. Vereinigungsfreiheit und Koalitionsfreiheit . . . . .	475
3. Faktische Folgebeträchtigungen für Konkurrenten, Konsumenten und Kreditnachfrager . . . . .	477

#### Teil 4:

### *Marktrechtliche Gestaltungsproblematik und Schranken für Investitionssteuerungsverfahren*

#### 7. Abschnitt:

<i>Die Zielgestaltung von Investitionssteuerungsverfahren im Marktrecht . . . . .</i>	481
§ 18 Rechtsgutlegitimation der Zielsetzung . . . . .	482
A. Rechtsgutlegitimation zur Selbstbindung des Investors . . . . .	482
I. Selbstbindung des Investors aus sozio-ökonomischen Gemeinzielen . . . . .	482
1. Inanspruchnahme öffentlicher Ziele . . . . .	482
2. Staatliche Anregung . . . . .	483
3. Gewerkschaftliche Mitwirkung . . . . .	484
II. Rechtsgutlegitimation im Wettbewerbsrecht . . . . .	484
1. Gemeinschaftsrechtliche Freistellbarkeit . . . . .	484
a) Freistellbarkeit von Selbstbindungsverfahren: allgemeine Voraussetzungen 485 – b) Definierbare Positiveffekte als spezielle Rechtsgutvoraussetzung 486 – aa) Die Verbesserung der Warenerzeugung oder Warenverteilung, die Förderung des technischen oder wirtschaftlichen Fortschritts 486 – bb) Die weiteren Freistellungsvoraussetzungen des Art. 85 III EWGV 487	

2. Ausnahmemöglichkeiten im GWB . . . . .	487
a) Allgemeine Ausnahmetatbestände für Selbstbindungsverfahren 488 – aa) Investitionssteuerungsziele und Normzwecke der §§ 2–7 GWB 488 – bb) Investitionssteuerungsziele außerhalb der Normzwecke der §§ 2–7 GWB: Der Sonderweg nach § 8 GWB 490 – b) Die Ausnahmebereiche 492	
III. Rechtsgutlegitimation im Marktintegrationsrecht . . . . .	493
B. Rechtsgutlegitimation staatlicher Investitionssteuerung . . . . .	494
I. Gemeinwohlbezug der Zielsetzung . . . . .	494
1. Grundsatz . . . . .	494
2. Der Gemeinwohlbezug von Investitionssteuerungsverfah- ren . . . . .	494
3. Konsequenz des Gemeinwohlbezugs für die Rechtsgutlegi- timation . . . . .	494
II. Anforderungen an die Rechtsgutlegitimation von Investi- tionssteuerungsverfahren der öffentlichen Hand . . . . .	495
1. Grundsätze . . . . .	495
a) Das Substantiierungserfordernis 495 – b) Die Stufung der Sub- stantiierungsanforderung an die Rechtsgutlegitimation 497 – aa) Rechtsgutanforderung aus dem Marktintegrationsrecht 497 – bb) Rechtsgutanforderung aus dem Wettbewerbsrecht 497 – cc) Rechtsgutanforderung aus den Grundrechten 498	
2. Einzelfragen der Ziellegitimation staatlicher Investitions- steuerung . . . . .	501
a) Konjunkturvervetigung 501 – aa) Marktintegrationsrecht 501 – bb) Wettbewerbsrecht 503 – cc) Grundrechte 503 – b) Struktur- entwicklung und Machtregulierung 504 – aa) Marktintegrations- recht 504 – bb) Wettbewerbsrecht 504 – cc) Grundrechte 506 – c) Transparenz durch Investitionsmeldepflichten 507	
III. Zusammenfassung . . . . .	507
§ 19 Temporale Begrenzung in der Zielsetzung . . . . .	507
A. Ordnungsgestaltung oder Ergebnisplanung . . . . .	508
B. Einzelfragen der temporalen Begrenzung von Investitionsstee- rungsverfahren . . . . .	508
I. Temporale Begrenzung von Selbstbindungsverfahren . . . . .	508
1. Anwendbarkeit von Art. 8 I VO Nr. 17 . . . . .	508
2. Die Regelfrist und andere zeitliche Begrenzungsgründe . . . . .	509
3. Ausnahmen im Einzelfall und Konsequenz für die Selbst- bindungskonzepte . . . . .	509
II. Zeitliche Befristung öffentlicher Investitionssteuerung . . . . .	510
1. Konjunkturpolitisch begründete Verfahren . . . . .	510

2. Strukturpolitisch oder machtreghativ begründete Investitionssteuerung . . . . .	510
a) Marktintegrationsrechtliche Befristung 511 – b) Wettbewerbsrechtliche Befristung 511 – c) Grundrechtliche Befristung 512	
8. Abschnitt:	
<i>Wirkungsgestaltung, Gemeinwohlproblematik und Perspektiven der Investitionssteuerung im Marktrecht</i> . . . . .	513
§ 20 Die marktrechtliche Wirkungsgewinnprognose von Investitionssteuerungsverfahren . . . . .	513
A. Elemente und Grundsätze der marktrechtlichen Wirkungsgewinnprognose . . . . .	513
I. Das Gesamtverfahren in der historischen Situation als Gegenstand der Wirkungsgewinnprognose . . . . .	514
II. Verwertbarkeit von Erfahrungswerten . . . . .	514
B. Die marktrechtliche Wirkungsgewinnprognose für Investitionssteuerungsverfahren in der primär marktkoordinierten Wirtschaft . . . . .	517
I. Gesamtmarkt als Basistatsache judikativer Wertung . . . . .	517
II. Die Steuerungsnotwendigkeit in der marktrechtlichen Wirkungsgewinnprognose . . . . .	517
1. Die Notwendigkeit konjunkturverstetigender Investitionssteuerung in der marktrechtlichen Wirkungsgewinnprognose . . . . .	518
2. Die Notwendigkeit strukturentwickelnder Investitionssteuerung in der marktrechtlichen Wirkungsgewinnprognose . . . . .	519
3. Die Notwendigkeit machtreghativer Investitionssteuerung in der marktrechtlichen Wirkungsgewinnprognose . . . . .	521
III. Die Steuerungsgeeignetheit in der marktrechtlichen Wirkungsgewinnprognose . . . . .	524
1. Die Eignung konjunkturverstetigender Investitionssteuerung in der marktrechtlichen Wirkungsgewinnprognose . . . . .	527
2. Die Eignung strukturentwickelnder Investitionssteuerung in der marktrechtlichen Wirkungsgewinnprognose . . . . .	528
3. Die Eignung machtreghativer Investitionssteuerung in der marktrechtlichen Wirkungsgewinnprognose . . . . .	530
C. Normspezifische Fragen der Wirkungsgewinnprognose . . . . .	531
I. Wirkungsgewinnprognose bei wettbewerblicher Freistellung des Investors . . . . .	531

II. Wirkungsgewinnprognose bei Investitionssteuerung kraft Handlungsmacht des Gemeinwesens . . . . .	532
1. Prognose im Marktintegrationsrecht . . . . .	532
2. Prognose bei wettbewerbsverfälschenden Beihilfen . . . . .	534
§ 21 <i>Die marktrechtlich schonendste Verfahrensalternative</i> . . . . .	535
A. Grundsatz . . . . .	535
B. Selbstbindung des Investors: Das wettbewerbsrechtliche Unerlässlichkeitsgebot . . . . .	537
C. Die marktrechtlich schonendste Verfahrensalternative der Investitionssteuerung kraft Handlungsmacht des Gemeinwesens . . . . .	538
I. Die marktrechtliche Präferenz für Selbstbindungsverfahren . . . . .	538
II. Die schonendste Abweichung vom marktrechtlichen Einzelgrundsatz . . . . .	538
1. Die schonendste Handelsbeeinträchtigung nach Art. 36 EWGV: Alternativen zur Investitionssteuerung . . . . .	538
2. Wettbewerbsneutralität als Gestaltungsrichtpunkt . . . . .	539
3. Der schonendste Grundrechtseingriff durch die Wirkungsgestaltung . . . . .	540
a) Enteignung als Realisationsmodus der Investitionssteuerung? 540 – b) Die Grundrechtsproblematik des Investitionsgebots 541 – aa) Der Inhalt des Arbeitszwangverbots 541 – bb) Investitionsgebote mit erheblicher Arbeitsfolgewirkung als Regelinstrument? 546	
III. Alternativverfahren zur Investitionssteuerung als marktrechtlich stimmigere Zielrealisation . . . . .	547
IV. Die schonendste Beeinträchtigung anderer Rechtsgüter . . . . .	549
§ 22 <i>Gemeinwohlproblematik und Perspektiven der Investitionssteuerung im Marktrecht</i> . . . . .	549
A. Gemeinwohl als rechtlicher Maßstab . . . . .	550
B. Allgemeine Grenztopoi des Gemeinwohlgewinns der Investitionssteuerung . . . . .	552
I. Bedarfsrangskalen und wohlfahrtsökonomische Sozialindikatoren als Gemeinwohlrichtlinien? . . . . .	552
1. Gemeinwohlkonkretisierung aus Bedarfsrangskalen? . . . . .	552
a) Legislatorische Problempunkte der Zieltauglichkeit von Bedarfsrangskalen 553 – aa) Zieltauglichkeitsprobleme von Abgrenzung und Konzept der Bedarfsgruppen 553 – bb) Zieltauglichkeitsprobleme des Entscheidungsverfahrens 554 – b) Bedarfsrangkonzept als Referenzmodell für marktrechtliche Gemeinwohlfragen? 555	

2. Sozialindikatoren der Wohlfahrtsökonomie als Gemeinwohrlinien? . . . . .	555
a) Wohlstand 555 – b) Wohlfahrt und Sozialindikatoren 556	
II. Beeinträchtigung von Rechtsgütern durch Investitionssteuerung . . . . .	556
1. Tarifautonomie . . . . .	557
2. Mitbestimmung und betriebsverfassungsrechtliche Mitwirkung der Arbeitnehmer . . . . .	558
3. Funktionsfähigkeit der Volkswirtschaft . . . . .	559
4. Wirtschaftlichkeit . . . . .	560
5. Innovativität . . . . .	561
6. Demokratie und Gewaltenteilung . . . . .	561
C. Normspezielle Grenztopoi des Gemeinwohlgewinns im Marktrecht . . . . .	561
I. Marktintegrationsrechtliche Schutzklauselgrenze . . . . .	562
II. Wettbewerbsrechtliche Voraussetzung eines Gemeinwohlgewinns . . . . .	562
1. Keine Ausschaltung des Wettbewerbs für einen wesentlichen Teil der betreffenden Waren . . . . .	562
2. Angemessene Verbraucherbeteiligung . . . . .	562
III. Verhältnismäßigkeit i. e. S. und Wesensgehaltgarantie bei Grundrechtseinschränkungen . . . . .	563
D. Perspektiven . . . . .	564
<i>Literaturverzeichnis</i> . . . . .	567
<i>Anhang: Tabellen</i> . . . . .	625
<i>Sachregister</i> . . . . .	635